

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt u. d. Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. 6. Post M 1.20 einschl. 18 3. Beförd.-Geb., zur 26 3. Zustellungsgeb.; d. Kg. M 1.40 einschl. 20 3. Austragsgeb.; Einzelst. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt ab. Betriebsbeh. befreit kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 921. Anzeigenpreis: Die Spalt. Millimeterzeile oder deren Raum 5 3. Restame 15 3. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort: Mittensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 15

Mittwoch, Freitag, den 18. Januar 1935

58. Jahrgang

Der Geburtstag des Reiches

1871 — 18. Januar — 1935

Vor wenigen Tagen ist die Anordnung getroffen worden, daß von jetzt ab der 18. Januar und der 30. Januar durch Feiern in den Schulen begangen werden sollen. Außerdem werden an diesen beiden Tagen fortan die öffentlichen Gebäude *Taggenicht* tragen. Damit ist endlich die Symbiose zwischen dem alten und dem neuen Reich gefunden. Hat es doch ein eigenartiges Gesicht gefügt, daß die beiden Geburtstage in den gleichen Monat fallen. Zugleich sind sie aber auch die Geburtstage unserer Nationalflaggen: der 18. Januar der schwarz-weiß-roten Fahne, der 30. Januar des Hakenkreuzbanners.

Es ist ein schönes Zeugnis, das sich die Reichsregierung durch die Ehrung der Tradition selbst ausgestellt hat. In unserer schnelllebigen Zeit wird es vielen gewiß nicht mehr in Erinnerung sein, daß erst zwei Jahre vergangen sind, seit zum letzten Mal eine Reichsregierung ein Flaggengebot zum 18. Januar erlassen hat. Die Schwäche der damaligen Reichsführung wird durch nichts klarer gekennzeichnet als durch die Tatsache, daß sie die Beflaggung nur für die reichseigenen Gebäude anordnen konnte. Um wenigstens etwas Einheitlichkeit zu erzielen, blieb ihr nichts weiter übrig, als die Länderregierungen zu bitten, ihrem Beispiel zu folgen. Wie haben wir uns doch in den zwei Jahren der Regierung Adolf Hitlers an eine einheitliche und straffe Reichsführung gewöhnt, daß uns ein derartiger staatsrechtlicher Zustand, wie er damals noch herkömmlich war, heute unmöglich und unglaublich erscheint! Diese erste amtliche Beflaggung auf Geheiß der Reichsregierung ist aber auch noch aus einem anderen Grunde geschichtlich merkwürdig, denn es blieb das erste und einzige Mal, daß der 18. Januar mit schwarz-rot-goldenen Fahnen gedacht wurde. Zwölf Tage später kam die nationale Regierung und mit ihr die Wiedereinführung der alten Farbenzusammenstellung, die zusammen mit dem Reich ihre Geburtsstunde erlebte. Der 18. Januar und schwarz-weiß-rot gehören zueinander, die Hakenkreuzfahne, die heute ebenfalls zu letzten Ehren weht, ist die geschichtliche Fortsetzung der alten Fahne, genau so wie das Reich Adolf Hitlers auf der Grundlage des Bismarckschen Reiches aufgebaut ist.

Was der Schöpfer und Gründer des alten Reiches geschaffen hat, ist auch heute noch unter ureigenster Befestigung, auch wenn durch das zweite Versailles wichtige Teile aus dem Werk des ersten Versailles herausgerissen wurden. Trotz schwerster Beeinträchtigungen, Verletzungen und Verfümmelungen hat sich das Reich Bismarcks als lebensfähig und lebensfähig erwiesen. Trotz Krieg und Nachkrieg, trotz Inflation und Wirtschaftskrise war es doch ein in sich gefestigtes Fundament geblieben, auf dem der Former und Führer des neuen Reiches, Adolf Hitler, den inneren Umbau vollziehen kann. Welch ungeheure Magnetkraft das Deutschland Bismarckschen Ursprungs und Hitlerscher Gestalt bewiesen hat, haben wir ja gerade erst in diesen Tagen erlebt, in denen ein abgepresstener Volks- und Gebietsteil aus eigenem Willen zu dem Reich zurückgekehrt ist, dessen 64. Geburtstag wir heute feiern.

Als am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal des Versailles Königschlusses die Proklamation der Reichsgründung erfolgte, stand er unter den Zeugen dieses weltgeschichtlichen Aktes ein junger 23jähriger Leutnant, dem es dann durch ein gnädiges Geschick vergönnt gewesen ist, bis in unsere Tage hinein lebendiger Kämpfer der Zeit zu sein, die der heutigen Generation weit zurückliegt, an der Hindenburg. Bei der Reichsgründungsfeier im Berliner Sportpalast im vorigen Jahre war er noch zugegen. Es war eine der letzten Gelegenheiten, bei der er noch einmal vor der breitesten Öffentlichkeit erschien. Wenn wir gerade heute seiner gedenken, so vor allem auch aus dem Grunde, daß er in seinem politischen Testament unserem Führer Adolf Hitler vertrauensvoll die Zukunft des Reiches in die Hand gelegt hat, für das er einst sein Leben einsetzte.

Nun das Saargebiet wieder heimkehrt ins Reich, haben wir besonderen Grund, diesen 18. Januar festlich und feierlich zu begehen. Ist es doch der Geburtstag des Reiches in der neu gezeigten Form, dessen Nation in dem wundervollen Gefühl einer vorher nie gekannten Einheit und Zusammengehörigkeit weiß, daß ihm und ihr noch Großes beschieden sein wird. Gerade wenn wir den Blick in die Vergangenheit zurückwenden, fühlen wir erneut den festen Boden unter uns, um dann wieder nach vorn schauen zu können. Die symbolische Nähe des 18. und des 30. Januar ist uns Aufforderung und Ansporn zugleich unter Bewahrung des alten, das neue Reich aufzubauen unter der Führung und Schirmherrschaft Adolf Hitlers.

Die Saar bleibt deutsch!

Der Beschluß des Völkerbundsrates — Eine Rede Lavals

Genf, 17. Jan. Der Völkerbundsrat hat um 20.50 Uhr einstimmig die ungeteilte Zuteilung des Saargebietes an Deutschland beschlossen und den Zeitpunkt der Rückgliederung auf den 1. März 1935 festgesetzt.

Wichtige Besprechungen in Genf

Genf, 17. Jan. Im Laufe des Donnerstags hat der deutsche Konsul in Genf, Grauel mit dem Präsidenten des Dreier-Komitees verschiedentlich Fühlung genommen und ihn über die Ansichten der deutschen Regierung zu den von französischer Seite aufgeworfenen Fragen unterrichtet.

Geheimnisung des Rates

Genf, 17. Jan. Kurz nach 17 Uhr begann eine geheime Sitzung des Völkerbundsrates, die nach etwa 20 Minuten beendete war. Wie man erfährt, ist dabei nichts über die Saar gesprochen worden. Anschließend wird eine öffentliche Sitzung beginnen, auf deren Tagesordnung die Saarfrage bis jetzt noch nicht steht. Wie man weiter hört, hat Laval sich dahin ausgesprochen, er hoffe, daß es heute noch zu einer Einigung komme und daß man die Frage dann erledigen könne.

Einigung in Genf

Genf, 17. Jan. Die Verhandlungen, die den ganzen Tag über dauerten, haben in der 7. Abendstunde zu einer Einigung geführt, jedoch nun bestimmt damit gerechnet werden kann, daß die Saarfrage noch am Donnerstagabend auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates kommt und vom Rat erledigt wird.

Die Frage der Entmilitarisierung des Saargebietes wird vollkommen von der Behandlung der Saarfrage durch den Völkerbundsrat und von der Entscheidung des Rates getrennt. Sie wird in direkten deutsch-französischen Besprechungen erledigt. Das Saargebiet wird genau so behandelt wie die übrige entmilitarisierte Zone des Rheinlandes.

Die Entschliebung des Dreierausschusses

Genf, 17. Jan. Der Völkerbundsrat ist kurz nach 20 Uhr zusammengetreten, um die Saarfrage zu behandeln und zu erledigen.

Der Berichterstatter teilte dem Rat mit, daß die Abstimmungskommission den Völkerbundsrat über das Ergebnis der im Versailles Vertrag vorgegebenen Volksabstimmung im Saargebiet unterrichtet hat. Die Mitglieder des Dreierausschusses hätten festgestellt, daß die Bevölkerung des Saargebietes in allen Abstimmungsbezirken sich mit Mehrheit für den Anschluß an Deutschland ausgesprochen habe. Der Völkerbundsrat müsse nach dem Vertrage nunmehr über die Souveränität entscheiden, unter die das Saargebiet unter Verlässlichkeit des von der Bevölkerung ausgesprochenen Wunsches gestellt werden solle. Unter diesen Umständen glaube der Dreierausschuß, dem Völkerbundsrat die nachfolgende Entschliebung vorzuschlagen zu können:

1. Der Rat beschließt die Vereinigung des ungeteilten Saargebietes mit Deutschland so wie es in Artikel 48 des Versailles Vertrages festgelegt ist unter den Bedingungen, die aus diesem Vertrag hervorgehen und zugleich mit den besonderen Verpflichtungen, die im Zusammenhang mit der Volksabstimmung eingegangen worden sind.

2. Der Rat legt den 1. März 1935 als Zeitpunkt der Wiedereinrichtung Deutschlands in die Regierungsgewalt des Saargebietes fest.

3. Der Rat beauftragt seinen Ausschuß in Verbindung mit der deutschen Regierung, der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes, die Bestimmungen festzusetzen, die im Hinblick auf den Wechsel der Regierung im Saargebiet erforderlich sind, ebenso wie die Ausführungsbestimmungen der oben genannten Verpflichtungen. In dem Fall, daß diese Bestimmungen nicht bis zum 15. Januar 1935 festgelegt werden können, wird der Dreierausschuß dem Völkerbundsrat seine Vorschläge

unterbreiten. Dieser würde dann die notwendigen Entscheidungen treffen im Einklang mit Paragraph 35c und 39 des Anhangs zum Artikel 50 und der besonderen Verpflichtungen, die von den beiden Regierungen aus Anlaß der Volksabstimmung übernommen worden sind.

Eine Rede Lavals

Genf, 17. Januar. Kurz nach 20 Uhr begann, wie gemeldet, die historische Tagung des Völkerbundsrates, in der die endgültige Entscheidung über die Rückkehr des Saargebietes an Deutschland gefaßt werden wird. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die Tagung begann damit, daß der Vorsitzende der Abstimmungskommission im Einklang mit seinen früheren Berichten nochmals ausdrücklich feststellte, daß die Abstimmung sich völlig ordnungsmäßig vollzogen habe. Der Vorsitzende des Dreierausschusses, Baron A l o i s i, sprach hierauf der Abstimmungskommission sowie der Regierungskommission den Dank des Völkerbundes für die von ihnen geleistete Arbeit aus. Insbesondere dankte er Knor für das Geschick (!), mit dem er das Saargebiet in der schwierigen Zeit des Abstimmungskampfes im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens verwaltet habe. A l o i s i verlas sodann die bereits mitgeteilte Entschliebung.

Der französische Außenminister Laval schloß sich dem Dank an die beiden Saarkommissionen an und gab sodann eine wichtige Erklärung ab. Er führte aus: Die Abstimmung hat stattgefunden. Das Votum ist klar und der darin ausgesprochene Wille kategorisch. Das Saargebiet hat sein Schicksal frei gewählt. Der Völkerbundsrat muß die Rückgliederung der Saar an Deutschland beschließen. Indem Frankreich, wie ich erklärt hatte, die Volksabstimmung im Voraus angenommen hat, hat es seine Treue zu dem Grundgedanken der Vertragseinhaltung bewiesen. Der Völkerbund hat wieder einmal der Sache des Friedens einen Dienst geleistet, indem er dieses heikle Problem, das eine Konfliktsursache zwischen zwei großen Völkern sein konnte, auf der ihm zukommenden internationalen Ebene gehalten und gelöst hat. Die Aufgaben des Rates sind noch nicht beendet. Ehe die Vereinigung mit Deutschland verwirklicht werden kann, bleiben wichtige Fragen zu regeln. Die Entschliebung, die wir annehmen wollen, stellt dem Dreierausschuß eine wichtige Aufgabe. Es muß im Benehmen mit den beiden interessierten Regierungen und der Regierungskommission aus die Bedingungen vorschlagen, unter denen der Übergang der Souveränität erfolgen soll und die verschiedenen Formen der Liquidierung des gegenwärtigen Regimes ausarbeiten. Der Völkerbundsrat wird so eine der heikelsten Missionen zu erfüllen haben, die ihm durch den Vertrag zugewiesen worden sind. Die zu regelnden Fragen sind zahlreich. Sie sind verwickelt. Aber die bisherigen Verhandlungen erleichtern den endgültigen Abschluß. Ich habe bereits dem Dreierausschuß genaue Vorschläge in dieser Hinsicht unterbreitet und die Vertreter der französischen Regierung stehen ihm schon jetzt zu seiner Verfügung. 15 Jahre hindurch ist die Ordnung im Saargebiet aufrecht erhalten worden. Die Volksabstimmung ist ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. Dieses Ergebnis macht dem Völkerbund, der Regierungskommission und der Saarbevölkerung Ehre. Der Regierungschef des deutschen Reiches hat sich vorgestern an die Saarländer gewandt und hat ihnen gesagt, daß ihre Rückkehr zum deutschen Vaterland mit keinem Kassele behaftet sein dürfe, und daß sie die höchste Disziplin bewahren müßten. Durch diese Sprache hat Reichkanzler Hitler, dessen bin ich sicher, seinen Willen ausgesprochen wollen, daß alle Repressalien gegen diejenigen vermieden werden, die von ihrer vertraglichen Meinungs- und Abstimmungsfreiheit Gebrauch gemacht haben. Sie müssen die Garantie ihrer Sicherheit in den Verpflichtungen finden, die die deutsche Regierung im Juni und Dezember letzten Jahres frei und feierlich übernommen hat. Die Endregelung darf keine Bitterkeit zurücklassen. Sie muß, das ist die Hoffnung der Weltöffentlichkeit, in Würde erfolgen.

Aus Gründen der Menschlichkeit hat Frankreich den Zutritt zu seinem Gebiet den aus dem Saargebiet kommenden Flüchtlingen, die sich nach der Volksabstimmung an seiner Grenze einfänden sollten, nicht verweigert. Es hat mit den gebotenen Kontrollbestimmungen Maßnahmen getroffen, um sie aufzunehmen. Es muß aber volles Einverständnis darüber herrschen, daß das Problem der Saarluchtlinge, wenn es auftreten sollte und in dem Maße, wie es aufstre-

ten sollte, internationalen Charakter hat und behält. Seine Lösung wäre Aufgabe des Völkerbundes. Die französische Regierung beabsichtigt schon heute, den Rat mit einer Denkschrift über diesen Punkt zu befasfen.

Indem er die Rückkehr zu Deutschland begrüßte, hat Reichsminister Hitler noch einmal seinen Friedenswillen betont. Er hat erklärt, daß der Akt vom 13. Januar einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Versöhnung der Völker bedeute, und daß das Deutsche Reich keine territoriale Forderung gegenüber Frankreich habe. Ich nehme davon Kenntnis. Die Annäherung zwischen unseren beiden Ländern ist in der Tat eine der wesentlichen Voraussetzungen der wirksamen Gewährleistung des Friedens in Europa. Frankreich ist friedliebend und verfolgt kein selbstsüchtiges Ziel. Es will der Würde, auf die ein großes Volk mit Recht bedacht sein muß, nicht in der geringsten Weise Abbruch tun.

Aber die Geschichte lehrt Frankreich, daß es in Sicherheit leben muß. Die anderen Nationen haben dasselbe Recht. Und um eines der Elemente dieser Sicherheit zu suchen, darf keine Regierung zögern, ihren Teil am Abschluß von Pakten zu übernehmen, die gerade den Zweck haben, jedem der unterzeichnenden Länder die unerlässlichen gegenseitigen Bürgschaften zuzusichern. Erst gestern hat der französische Botschafter in Berlin der Reichsregierung eine Note über den Ostpakt, über den wir die Verhandlungen fortsetzen, überreicht. Bald werden wir nach der konkreten Form suchen, die den römischen Abmachungen gegeben werden kann, damit ihre wohltuende Wirkung sich auf alle interessierten Länder erstreckt. So sagt Frankreich seine Solidaritätspflicht auf, und das Gefühl dieser Pflicht ist für seine Schritte bestimmend. Der Friede ist ein Werk der Geduld, der Kühnheit und des Willens. Er wird von allen Völkern gefordert. Er ist die Voraussetzung, ohne die das Elend sich in der Welt verschärfen wird. Er schließt den nationalen Stolz nicht aus. Frankreich ist noch wie vor bereit, seine Verantwortung bei der zuverlässigen Organisation des Friedens zu übernehmen. Er forderte alle zur Mitarbeit auf. Ich habe Wert darauf gelegt, diese Erklärung vor dem Völkerbundsrat abzugeben, denn im Rahmen der Genfer Institution und in strenger Übereinstimmung mit den ihr zu Grunde liegenden Grundfäden wird Frankreich das Werk des Friedens, dem es zugetan ist, fortsetzen.

Nach Laval nahm der englische Großteilbewahrer Eden das Wort zu einer kurzen Erklärung. Die soeben erreichte Verständigung, so sagte er, mache sowohl den Parteien wie dem Völkerbund Ehre. Es sei wohl nicht zu viel gehofft, wenn man annehme, daß sie zur internationalen Verständigung beitragen werde. Der Bericht des Dreierausschusses sei in denselben konstruktiven Geist abgefaßt wie die Rede des französischen Außenministers, die man soeben gehört habe.

Nach Eden sprach der Sowjetoffizier Litwinow. Er nannte die Lösung der Saarfrage einen Erfolg für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es können nun kein Zweifel mehr über die Nationalität der Saarbevölkerung sein: Sie wolle deutsch bleiben mit allen damit verbundenen Folgen. Die endgültige Lösung der Saarfrage sei ein Schritt auf dem Wege zum Frieden; doch seien hier noch längst nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Der Friede werde aber nicht gefährdet dadurch, daß gewisse Staaten ihre eigenen Wege gingen, sondern nur durch gemeinsame Abmachungen, die allen offen ständen. Man müsse auch wissen, daß durch private Erklärungen dieses oder jenes Staatmannes der Friede noch nicht garantiert sei. Dazu sei eine kollektive Sicherung notwendig.

Nach der Annahme der Entschließung über die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland sprach der türkische Außenminister Rüstü A r a s als Präsident des Völkerbundsrates der Regierungskommission seinen Dank für ihre im Interesse des Völkerbundes und des Friedens geleistete Arbeit aus.

In Erwiderung auf diese Dankesworte betonte R n o z seine Zufriedenheit, mit dem Völkerbund und seinen verschiedenen Instanzen so glücklich zusammengearbeitet zu haben und hat den Völkerbundsrat um die Ermächtigung, weitgehende Amnestiemaßnahmen im Saargebiet zu treffen und diejenigen Maßnahmen aufzuheben, die nur für die Abstimmungszeit getroffen wurden. Diese Ermächtigung wurde der Regierungskommission ohne Aussprache erteilt und die Sitzung hierauf geschlossen. Die nächste Sitzung des Rates findet am Freitag 16 Uhr statt.

Abschied der Abstimmungskommissare

Saarbrücken, 17. Jan. Der schwedische Abstimmungskommissar von Dudweiler, Dr. Svanköm, hat mit der gleichfalls bei der Abstimmungskommission beschäftigten Holländerin, Fräulein Grete de Wrede, den Band fürs Leben geschlossen. Das junge Paar legte besonderen Wert darauf, im Saargebiet, wo sie sich kennen gelernt hatten, zu heiraten und sich in Dudweiler, der monatlangem Wirkungsstätte des jungen Ehepaares, trauen zu lassen.

Nachdem die Abstimmungskommission selbst bereits am Dienstag das Saargebiet verlassen hatte, werden nun auch die vielen übrigen, bei der Kommission beschäftigten Ausländer in ihre Heimat zurückkehren. Sie scheiden zum großen Teil schweren Herzens. Gerade die über das ganze Gebiet verteilte Abstimmungskommission, die die Abstimmungsvorbereitungen in bestimmten, ihnen zugewiesenen Bürgermeistereien zu überwachen hatten, sind mit viel innerlicher und ehrlicher Begeisterung bei ihrer Arbeit dabei gewesen. Es machte ihnen alle Freunde, ein Stück lebendiger Weltgeschichte aktiv mitzuerleben und in einem Prozeß eingeschaltet zu sein, der richtunggebend und wegweisend für das Schicksal Europas ist. Sie haben bei aller ihnen obliegenden Neutralität persönlich warmen Anteil an dem Schicksal dieses deutschen Gebietes genommen, fühlten sich für ihre Bezirke verantwortlich, haben ihren ganzen Ehrgeiz dahin eingesetzt, daß die Abstimmungsvorbereitungen so lädenlos und vorbildlich als möglich getroffen wurden, damit nachher niemand die Richtigkeit der Abstimmung bezweifeln könne. Die deutsche Bevölkerung soll ihrer unparteiischen Arbeit Anerkennung wie ihrem menschlichen Interesse. Es ist hier gerade im Stillen viel gute und aufopferungsvolle Arbeit geleistet worden, für die wir den Menschen, die aus aller Herren Länder

kommen, dankbar sein können. Viele unter den uns jetzt verlassenden Ausländern fragen, wann der Führer an die Saar komme. Sie möchten diesen großen Tag mit der Bevölkerung, mit der sie sechs und mehr Monate zusammen waren erleben. Einige von ihnen bleiben noch freiwillig nach Beendigung ihrer Arbeit hier, um in Ruhe Abschied zu nehmen und alle Eindrücke aufzuzeichnen.

Deutsch-saarländische Zollgrenze besteht weiter!

Saarbrücken, 17. Jan. Die Nachricht von der Errichtung einer französisch-saarländischen Zollgrenze hat vielfach zu der Auffassung geführt, als sei damit die deutsch-saarländische Zollgrenze automatisch aufgehoben worden und der Warenverkehr über die saarländisch-deutsche Grenze könne ohne Beachtung von Zollvorschriften vonstatten gehen. Diese Ansicht beruht auf einem Irrtum. Die Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Mutterland besteht vorläufig unverändert weiter. Die bestehenden Zollvorschriften sind noch nicht außer Kraft gesetzt.

Gauléter Märkel in Berlin

Berlin, 17. Jan. Gauleiter B ü r k e l trifft am Freitag früh 7.30 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Er wird dort von Ministerialrat Hoegert vom Propagandaministerium und dem Gaupropagandaleiter Schulze-Wahlungen empfangen werden.

100 000 RM. für die Not im Saargebiet

Berlin, 17. Jan. Der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frick, hat an den Saarbevollmächtigten des Reichs-Lanciers, Gauleiter Märkel, folgendes Telegramm gerichtet:

Zur Vinderung der Not des Saargebietes in den ärmsten Bevölkerungsteilen und zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Hinterbliebenen derjenigen, die für die Saar ihr Leben hingegen haben, stelle ich Ihnen einen Betrag von 100 000 RM. zur Verfügung.

Der Auszug der Emigranten

Saarbrücken, 17. Jan. Durch die noch immer überreich besetzte Straßen Saarbrückens rollen fast unbemerkt Wagenwagen, meist französischer Herkunft. Sie halten vor den Häusern in den eleganten Villenvierteln Saarbrückens. Wohnungen werden geräumt, die meist erst vor wenigen Monaten bezogen worden sind. Emigranten aus Deutschland, die hier von Devisenschmuggel und Propaganda gegen Deutschland lebten, Drahtzieher und Geldgeber der Status quo-Propaganda suchen sich unauffällig aus dem Saargebiet zu machen. Sie haben einsehen müssen, daß das Saargebiet ihnen nicht länger als Hof dienen kann. Niemand nimmt sonderlich Notiz von ihrem Auszug. Man atmet erleichtert auf, endlich diese Landplage loszuwerden. Reges Leben herrscht vor dem französischen Konsulat. Nicht drängen sich die Leute, um ein Einreisevisum nach Frankreich zu erhalten. Vor den einstigen Hochburgen der Separatisten, der „Arbeiterwohlfaht“ und der „Neuen Saarpfist“ hielten in der Nacht Möbelwagen der Firma Jager aus Jorbach, die die Möbel über die Grenze schaffen sollten. Der Abtransport findet unter polizeilichem Schutz statt. Verschiedene Emigranten lassen sich von Freunden aus Nancy, Straßburg und Jorbach mit französischen Wägen abholen und schneller und ungehindeter verlasten zu können, da Frankreich begünstigterweise auf Ueberlieferung durch Saargebiet seinen Wert legt. Dichte Posten von Grenzbeamten sind überall an der französischen Grenze aufgestellt. Nur mit den schwererhändigsten Seldeinigungen des französischen Konsulats in Saarbrücken ist die Einreise nach Frankreich möglich. Die „Prominenz“ ist rechtlich verschunden. Frau Braun und Frau Bloch haben über Gené die Flucht ergriffen. Sie schätzen einwilligen die Wahrnehmung ihrer Belange bei den gegenwärtigen Ratsverhandlungen vor. Ueberall jedoch liegen sie durchblicken, daß sie dem Saargebiet endgültig den Rücken gekehrt haben. Johannes Hoffmann versuchte, für seine Verlon vollstehenden Schutz zu erlangen. Als ihm dieser abgelehnt wurde, zog er es gestern vor, in Richtung Jorbach auf und davonzugehen.

Pariser Proteste gegen Frau Braun

Paris, 17. Jan. Die Absicht des Marxistenführers Frau Braun, am Freitag in einem großen Pariser Saal zu sprechen, löst jetzt auch im „Jour“ auf heftigen Protest. Unter der Ueberschrift „Etwas mehr Takt, Herr Braun“, vermahnt sich das Blatt dagegen, daß Emigranten in Frankreich Politik machen.

137 Jahre Gefängnis im Sinowjew-Prozeß

Leningrad, 17. Januar. Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion in Leningrad hat im Prozeß gegen Sinowjew und Genossen folgende Strafen verhängt: Sinowjew 10 Jahre Gefängnis, weitere vier Angeklagte je 10 Jahre Gefängnis, sechs Angeklagte je 8 Jahre Gefängnis und weitere Angeklagte 5-6 Jahre Gefängnis darunter Kamenew 5 Jahre. Das Privatigentum der Angeklagten wird vom Staat beschlagnahmt.

In der Begründung des Urteils, daß der oberste Gerichtshof der Sowjetunion gegen Sinowjew und die übrigen Mitangeklagten am Donnerstag gefällt hat, wird erklärt, daß der Tatbestand des Hochverrats vorliegt. Alle Angeklagten und Personen, die in Verbindung mit der Verschwörungsorganisation Sinowjew standen, haben sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht. Die Organisation Sinowjew habe versucht, alle sowjetfeindlichen Elemente in sich zu vereinigen und die Politik von Partei und Regierung zu sabotieren und zu durchkreuzen.

Die Untersuchung habe zwar ergeben, daß Sinowjew und andere Teilnehmer der Verschwörung nicht unmittelbar an der Ermordung Kirovs Anteil gehabt haben. Dagegen sei erwiesen, daß Sinowjew und seine Genossen genauestens über die revolutionären Absichten der terroristischen Leningrader Gruppe unterrichtet waren, die unter Führung Nikolajew am 1. 12. 1934 den Mord an dem Sekretär der Partei Kirov ausgeführt hat. Es wird in der Urteilsbegründung ausdrücklich betont, daß Kamenew und zwei andere Angeklagte keine bedeutende Rolle in dieser Organisation gespielt haben.

Das milde Urteil des Leningrader Gerichtshofes, so verurteilt in heftigen politischen Kreisen, hat große Aufmerksamkeit erregt. Auf Anweisung von höherer Stelle wurde am Mittwoch und Donnerstag durch verschiedene staatliche und Parteiorganisationen eine rege Propagandatätigkeit entfaltet. Als Ergebnis dieser Aktion ist zu verzeichnen die Forderung der Erschießung Sinowjews und seiner Genossen.

Nach Ansicht hiesiger politischer Kreise sei das Urteil in seiner letzten Fassung nur darauf zurückzuführen, daß Sinowjew und Kamenew sich nicht unbedeutende Verdienste während der Sowjetrussischen Revolution erworben haben. Diese Tatsache sei für den Obersten Gerichtshof bestimmend bei der Festsetzung des Strafausmaßes gewesen. — Sinowjew war Vorsitzender der Komintern und Inhaber von mehreren hohen sowjetrussischen Ämtern. Kamenew war der diplomatische Vertreter der Sowjetunion in Rom. Auch zahlreiche andere Angestellte haben im politischen Leben der Sowjetunion eine bedeutende Rolle gespielt.

In hiesigen politischen unterrichteten Kreisen verläutet, das Urteil lasse erkennen, daß die politische Polizei auf die Spur einer anderen Organisation gekommen sei, die unter Führung Sagarows stand und die dieselben Ziele verfolgte wie die Sinowjew-Gruppe in Moskau. — Zur Sagarow-Gruppe gehörte auch das ehemalige Mitglied der Kommunistischen Partei Jelowitsch, dessen Aussage in diesem Prozeß von großer Wichtigkeit gewesen sei.

Der Prozeß um das Lindbergh-Kind

New York, 17. Jan. Im Hauptmann-Prozeß gab die Verteidigung bekannt, daß sie einen weiteren Zeugen aus Neuyork vorladen lassen werde. Dieser Zeuge, mit Namen Gustav Lufatis, werde die Aussage machen können, daß drei Männer, von denen einer angeblich Jakob Fisk gewesen sei, ihn im April 1932 erlucht hätten, „gutes Geld“ für 70 Cent den Dollar zu verkaufen. Diese drei Männer haben etwa 50 000 Dollar gemonnen. Der Zeuge Lufatis habe aber damals nicht das Geld gekauft, da es das Vergeßeld gewesen ist. Den Männern habe er auch erklärt, daß er das Geld nicht zu kaufen beabsichtige. Nach zwei Tagen habe Lufatis die Männer wieder aussuchen wollen, die aber inzwischen fortgezogen gewesen seien. Auf Grund eines Zeitungsbildes habe Lufatis Fisk wieder erkannt. Dies sei nach der Verhaftung Hauptmanns gewesen. Nachdem am Mittwoch der achte Sachverständige die Erklärung abgegeben hatte, Hauptmann sei der Schreiber der Vergeßeldbriefe gewesen, wurde die Verhandlung vertagt.

Reichsbetriebsappell der RWG. Handel

Berlin, 17. Jan. Der RWG meldet: Die Reichsbetriebsgemeinschaft 17 (Handel) in der Deutschen Arbeitsfront veranstaltet am Montag, den 21. Januar 1935, morgens 8 Uhr, in einem Berliner Handelsbetrieb einen Reichsbetriebsappell. Bei diesem Appell spricht der Reichsorganisationsleiter Dr. Weg. Der Appell wird durch Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen. Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel, Bg. Lehmann, wird, da alle der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel angeschlossenen Betriebe mit ihren Geschäftsführern zu gleicher Zeit am Lautsprecher versammelt sind, dem Reichsorganisationsleiter Dr. Weg eine nach Hunderttausenden zählende Menge von Betrieben mit Millionen von Volksgenossen als zum Appell angetreten melden können. Zum erstenmal seit der Einführung der Betriebsappelle durch die DAF tritt der gesamte deutsche Handel mit einem derartigen allgemeinen Appell vor die Öffentlichkeit.

Geschlechtskrankheiten um über 40 Prozent zurückgegangen

Berlin, 17. Jan. Das Reichsgesundheitsamt legt jetzt, wie das RdZ meldet, das Ergebnis der Reichszählung der Geschlechtskrankheiten 1934 vor, das einen erfreulichen Rückgang dieser Volkspein aufweist. Zur Ermittlung eines Jahreszugsangsburchschnitts waren die Erhebungen in der hierüber besonders geeigneten Zeit von Mitte Januar bis Mitte Februar 1934 durchgeführt worden. In der Erhebungszeit ergab sich ein Neuzugang von 12 499 männlichen und 6587 weiblichen, zusammen also 19 086 im Deutschen Reich ansässiger Geschlechtskranker. Gegenüber der letzten Zählung von 1927 bedeutet das auf das Zehntausend der lebenden Bevölkerung und das Jahr umgerechnet eine Abnahme um 44,5 Prozent beim männlichen und 36,2 Prozent beim weiblichen Geschlecht, während die Abnahme der Geschlechtskrankheiten auf die Gesamtbevölkerung gerechnet 40,9 Prozent beträgt.

Geburtenziffer von 10,9 auf 14,4 gestiegen

Berlin, 17. Jan. Im Statistischen Reichsamt ist jetzt, wie das RdZ meldet, eine erste umfassende Gesamterhebung der Entwürfungen der Eheschließungen und der Geburtenzahl in Deutschland im Jahre 1934 fertiggestellt worden. Es handelt sich um die Zahlen von der ersten bis 31. Woche 1934 in den deutschen Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. In diesen Geburten wurden in der genannten Zeit insgesamt 243 855 Eheschließungen geschlossen gegenüber nur 203 363 in der gleichen Periode 1933 und sogar nur 183 416 in der entsprechenden Zeit 1932. Es sind insgesamt 279 178 Volksgenossen lebend geboren worden gegenüber nur 208 787 in der Vergleichszeit 1933 und 206 988 in der entsprechenden Periode des Jahres 1932. Die Zahl der Lebendgeborenen ist damit von 10,8 je hundert Einwohner und Jahr im Jahre 1932 und von 10,9 im Jahre 1933 auf bereits 14,4 im Jahre 1934 gestiegen.

Zugleich werden die Zahlen aus der 52. Woche des Jahres 1934 bekannt, in der nochmals 1704 Eheschließungen und 5888 Lebendgeborene in den deutschen Großstädten mit 10 000 und mehr Einwohnern geahlt worden sind. Insgesamt sind also in allen 52 Wochen des Jahres 1934 in den Großstädten Deutschlands 248 558 Eheschließungen und 284 786 Lebendgeborene ermittelt worden. Aus diesen Zahlen darf man ohne weiteres auf eine gleich günstige prozentuale Entwicklung in den kleineren Städten und auf dem Lande schließen.

Giftmörderin in Lüneburg hingerichtet

Lüneburg, 17. Jan. Die im Jahre 1904 geborene Henning Meyer aus Bexhorn, Kreis Gilhorn, ist am Donnerstag früh in Lüneburg hingerichtet worden. Sie war wegen Giftmordes an ihrem Ehemann vom Schwurgericht in Lüneburg zum Tode verurteilt worden. Die Verurteilte hatte, um sich ihres Mannes zu entledigen, eine Erkrankung des Mannes benutzt, um ihm in seiner Medizin Gift beizubringen. Sie hatte die Belbringung von Gift in der gleichen Weise wiederholt, als sie festgestellt, daß das Bestehen ihres Mannes sich bessern konnte.



Weiterführung der Feinverbilligung

Berlin, 17. Jan. Die Maßnahme der Reichsregierung zur Verbilligung der Speisekarte für die minderbemittelte Bevölkerung werden für die Monate Februar und März 1935 in dem seit 1. November 1934 geltenden Umlage fortgeführt.

Es werden grüne Stammschnitte ausgegeben, die je zwei Reichsoverbilligungsscheine A und B sowie einen Belegschein für zwei Pfund Konsummargarine enthalten. Die Gültigkeitsdauer der Scheine ist wie bisher jeweils auf einen Monat begrenzt. Ihre Verwendung vor Beginn und nach Ablauf der ausgedruckten Gültigkeitsdauer ist daher unzulässig.

Neugestaltung des estländischen Staates

Reval, 17. Jan. Auf einer Tagung, an der Vertreter der Regierung und etwa 1000 Vertreter der Selbstverwaltungskörperschaften teilnahmen, hielt der estländische Staatspräsident Väts eine grundlegende Rede über die Neugestaltung des estländischen Staates. Estland wird eine neue Verfassung auf bürgerlich-korporativer Grundlage erhalten. Zu diesem Zweck wird eine verfassunggebende Versammlung einberufen werden, an der Vertreter der bürgerlichen Kammern der Kommunalverwaltungen, der städtischen Räte, der Kirche, der Universität, des Schutzkorps, der Gerichte, der Kriegsteilnehmer, die mit dem Freiheitskreuz ausgezeichnet sind, und ferner Volksvertreter, die auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt worden sind, teilnehmen werden. Aus den Ausführungen des Staatspräsidenten ging hervor, daß die politischen Parteien in Estland völlig verschwinden sollen. An ihre Stelle treten die bürgerlich-korporativen Kammern.

Präsidentenwahl in El Salvador

San Salvador, 16. Jan. Die dreitägigen Präsidentenwahlen in der mittelamerikanischen Republik El Salvador ergaben einen Sieg des früheren Präsidenten Maximiliano Ferrandus Martinez, der 329.555 Stimmen erhielt. Die Stimmenzahl, die der neue Präsident auf sich vereinen konnte, überschreitet die bei früheren Wahlen üblichen Zahlen erheblich. Im ganzen Land herrscht vollkommen Ruhe.

Wb-Welt in den Vereinigten Staaten

Neusport, 17. Jan. In Leonore (Illinois) drangen vier Räuber in ein Bankgeschäft ein, um die Kasse zu berauben. Die Bankangestellten erwiderten jedoch sofort ein lebhaftes Revolverfeuer, worauf die Verbrecher die Flucht ergriffen. Einer von ihnen konnte von den Angestellten der Bank festgenommen werden. Die drei Räuber drangen darauf in einen benachbarten Bauernhof ein, nahmen einen Kraftwagen und nahmen den jungen Sohn des Landwirts als Geisel mit. Sie fuhren zu dem Bankgeschäft zurück, befreiten ihren gefangenen Genossen, führten und erschossen den Kassierer der Bank, während ein zweiter Angestellter schwer verletzt wurde. Ohne Beute zu machen flüchteten sie nun in dem geladenen Kraftwagen. Die inzwischen benachrichtigte Polizei nahm sofort mit einem großen Aufgebot die Verfolgung auf. Die vier Verbrecher konnten schließlich von etwa 50 Polizisten umzingelt werden. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht bei dem ein Polizist erschossen, mehrere andere schwer verletzt wurden. Erst nach heftigem Kampf gelang es, drei der Räuber festzunehmen. Der vierte beging Selbstmord. Der von den Verbrechern verschleppte Landwirtssohn wurde wohlbehalten aufgefunden.

In Oklawaha (Florida) kam es zwischen einer Verbrecherbande und 15 Polizisten zu einem mehrstündigen Feuerkampf. Es handelt sich um die Bande, die im Vorjahr den Bankier Edward Bremer aus St. Paul entführte und erst nach einer Lösegeldzahlung von 200.000 Dollar freigegeben wurde. Die Verbrecher hatten sich in einem palastartigen Sommerheim verschanzt.

Roosevelt über sein Sozialprogramm

Washington, 17. Jan. Präsident Roosevelt führte in seiner Sonderbotschaft, mit der er am Donnerstag die Vorschläge des Ausschusses für soziale Sicherheit an den Kongress übermittelte, u. a. folgendes aus:

Eines der Hauptziele meines Sozialprogramms ist, die Männer, Frauen und Kinder Amerikas gegen gewisse Schicksalsschläge oder deren Folgen zu schützen. Die Vorschläge seien von den besten Fachleuten des Landes ausgearbeitet und abschließlich auf gemäßigter Anfangsmahnahme beschränkt worden, da es sich um ein revolutionäres Experiment für Amerika handelt. Man wolle nicht die wichtige und wertvolle Aufgabe der sozialen Reform dadurch in Mitleidenschaft bringen, daß man gleich mit einem groß angelegten Plan beginne, der sich dann vielleicht nicht durchführen lasse. Daß man jedoch eine Reform der Sozialpolitik überhaupt in Angriff nehme, werde durch das Beispiel anderer fortgeschrittener Nationen gerechtfertigt, wo gleiche oder ähnliche Maßnahmen gute Erfolge erzielt hätten. Amerika zahle jetzt gewaltige Summen für viele Jahre wirtschaftlicher Unsicherheit und müsse schnell handeln, um zu besseren Zuständen zu gelangen.

Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Gerichtshof

Eine Botschaft Roosevelts

Washington, 16. Jan. Präsident Roosevelt hat durch eine Botschaft, die er Mittwoch an den Senat richtete, in den Kampf um die Ratifizierung des Protokolls über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof eingegriffen. Der Präsident bezeichnete die Frage als über den Parteien stehend und wies darauf hin, daß auch die republikanischen Präsidenten den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof wärmstens befürwortet hätten. Er hoffe, daß der Senat keine Zustimmung nicht durch Vorbehalte entwerfe, die den Beitritt gegenstandslos machen würden. Die Souveränität der Vereinigten Staaten werde durch diesen Schritt nicht beeinträchtigt.

Bestellen Sie unsere Zeitung!

Durch Opfer



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Januar 1935.

— Dankgottesdienst am nächsten Sonntag. Anlässlich des Ergebnisses der Saarabstimmung, das jeden Deutschen aufs tiefste beglückt und mit Dank erfüllt, ordnete Landesbischof D. Wurm an, daß überall, wo noch keine besondere kirchliche Dankfeier gehalten wurde, der Vormittagsgottesdienst am Sonntag, 20. Januar d. J., in geeigneter Weise als Dankgottesdienst gestaltet wird.

— Stellungung am Reichsgründungstag. Am 18. Januar, dem Reichsgründungstag, sind nach Anordnung der Reichsregierung sämtliche Dienstgebäude zu beslaggen. Diese Anordnung wird in Erinnerung gebracht.

— Stationsnamen werden ausgetauscht. Da es den Reisenden in der kalten Jahreszeit wegen der meist mit Eisblumen überfrorenen Fenster unmöglich ist, vom Abteil aus die einzelnen Stationsnamen zu erkennen, hat die Reichsbahn veranlaßt, daß während der kalten Jahreszeit auf allen Bahnhöfen die Stationsnamen ausgetauscht werden. Die Reisenden haben es also nicht nötig, sich „Gucklöcher“ zu haufen oder zu tragen, wenn sie feststellen wollen, wo sie sich jeweils befinden.

Wirtschaftliche Selbstgestaltung. Das Aufsuchen heimischer Rohstoffquellen ist eine der dringendsten Aufgaben, die uns gestellt sind. Nicht als wollten wir einen geschlossenen Staat errichten, der sich völlig selbst genügt, nein, wo neue Handelswege offen sind oder sich neue anbahnen lassen, wo der Austausch von Waren und Leistungen sinnvoll den heimischen Markt ergänzt, muß Deutschland ein Welthandelsvolk bleiben. Die Frage, welche Möglichkeiten in der Erschließung heimischer Rohstoffquellen gegeben sind, findet in einem Aufsatz: „Wirtschaftliche Selbstgestaltung“ in der Nr. 3 vom 18. Januar 1935 der landwirtschaftlichen Wochenzeitschrift „Feld und Wald“, welche in der Buchhandlung L. Paul in Altensteig zu haben ist, eine ausführliche Behandlung.

Weidet die Plätze der Wildfütterung! Die Stillsüßer werden gebeten, Rücksicht auf die Plätze der Wildfütterung zu nehmen und, um Störung des Wildes zu vermeiden, diese Orte zu umgehen.

Wart, 18. Januar. (Vom Viehverversicherungsverein.) Letzte Woche fand im Rathausaal die Generalversammlung des örtlichen Viehverversicherungsvereins statt. Dieser Verein, welchem sämtliche Viehbefitzer des Ortes angehören, vertritt trotz der Not vergangener Jahre über ein schönes Vermögen und hat schon manchen Viehverlust durch die gemeinnützige Hilfe seiner Mitglieder leichter tragbar gemacht. Der Ortsbauernführer gab im Verlauf der Versammlung einige Ausführungen über die zurzeit im Gange befindliche Erzeugungsschlacht des Reichsnährbandes. Zum Schluß sprach der anwesende Kreisbauwart über Schädlingsbekämpfung im Obstbau und wünschte dringend, daß die von der Gemeinde beschaffte Beamspritze eifrig in Gebrauch genommen werde.

Schlittenfahrt, 17. Januar. (Koblenzfall.) Beim Schlittenfahren verunglückte der Hühnergehege Sohn des Amtsdieners Köhm. Er fuhr so unglücklich auf ein Geländer auf, daß er das Schienbein brach.

Möhlingen, 17. Januar. (Der Führer als Pate.) Zur großen Freude der Familie Wilhelm Hurlbaus traf kürzlich aus Berlin die Nachricht ein, daß bei ihrem jüngsten Sohn Adolf, dem neunten lebenden Kind der Eltern, der Führer und Reichkanzler die Ehrenpatenschaft übernommen habe. Zugleich wurde eine Gabe von fünfzig Reichsmark übersandt.

Bärenst, 17. Januar. (Ein blinder Rehbock.) Eine unerwartete Spende erhielt das hiesige Winterhilfswerk. Am Abend sah ein Arbeiter, wie ein Rehbock im Feld umherprang und meistens im Kreis herum. Es gelang ihm, ihn einzufangen. Dabei stellte sich heraus, daß der Bock vollständig blind war. Der hiesige Waldschütze nahm das Tier in Verwahrung. Der Jagdpächter wurde verständigt, der den Bock der Winterhilfe zur Verfügung stellte.

Klingenberg, 17. Januar. (Unfall.) Mehger Böhrer von Nordheim stürzte zwischen Klingenberg und Nordheim mit dem Motorrad so unglücklich, daß er einen Bruch der Schädelkapsel erlitt und ins Kreiskrankenhaus Bradenheim eingeliefert werden mußte.

Stuttgart, 17. Jan. (Unfälle.) Beim Schlittenfahren fuhr in Hedelfingen ein 21 Jahre altes Mädchen gegen eine Gartenmauer. Sie trug nicht unerhebliche Verletzungen davon, die ihre Verbringung in die Dlgabelianstalt erforderlich machten. — Auch im Stadtpart Hilsa Berg verunglückte eine 12 Jahre alte Schülerin beim Schlittenfahren. Sie fuhr gegen ein eisernes Tor und erlitt vermutlich innere Verletzungen.

Auszeichnung. Der Führer und Reichkanzler hat dem Reichsbahnoberinspektor Otto Erbe in Stuttgart die Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr verliehen.

Siglingen, 17. Januar. (Verunglückt.) Hier verunglückte der verheiratete Emil Mehger im Steinbruch des Siglinger Kalkwerks. Er wollte einen beladenen Kollarren bremsen und wurde dabei, wohl infolge des Frostes, über den Kollarren geschleudert. Mit schweren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus Kedarjalm eingeliefert.

Aus Baden

Freiburg, 16. Januar. (Zwei Todesopfer.) Das Fernfallungsglück in der Deutschen Acetat-Kunststoffabrik Rhodafa hat zwei Todesopfer gefordert. In der vergangenen Nacht sind der Werkmeister Erich Gaus und der Arbeiter Ernst Kaller ihren Verletzungen erlegen. Die Staatsanwaltschaft Freiburg hat eine Untersuchung dieses schweren Betriebsunfalles eingeleitet.

Autofahrer, seid vorsichtig in der Nähe von Bahnanlagen!

Stuttgart, 17. Jan. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Im Laufe von nur sechs Tagen ist der Eisenbahnverkehr im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart in nicht weniger als drei Fällen durch Kraftwagen gefährdet worden. Am 10. Januar ist ein Personenkraftwagen auf einer Überführungsbauwerk über die Bahnanlage Kottweil-Horb bei Altheim nach 19 Uhr auf einen Randstreifen ausgefahren und hat den 12 Zentner schweren Stein mit einem Stüd des Brückengeländers 8 Meter tief auf das Gleis binabgeworfen, auf dem eben der D-Zug 13 Kottweil-Berlin herankam. Es war ein ungewöhnlich günstiger Zufall, daß die Lokomotive beim Ausfahren auf den Stein nicht entgleist ist, sondern ihn, bis sie zum Halten kam, vor sich hergeschoben hat. Eine Entgleisung des in voller Fahrt befindlichen Zuges hätte unvermeidlich zu einem Unfall schwerster Art geführt. Im zweiten Fall ist am 11. Januar in Stuttgart ein Personenkraftwagen, der unbewacht auf der Straße stand, auf dem abschüssigen Weg, der in der Richtung zu der nahe Südbahnanlage führt, ins Rollen gekommen, hat die Aufsicht der Bahnbühnung durchbrochen und ist auf der Böschung abwärts gegen die unterliegende Bahnlinie gefahren. Zum Glück ist der Kraftwagen vor dem Sturz auf den Bahnlörper an einem Baum der Böschung hängen geblieben. Schließlich ist am 15. Januar gegen 21 Uhr ein Kraftwagen am Bahnübergang der Staatsstraße Stuttgart-Freudenort vor dem Freudenort Hauptbahnhof aus der Fahrbahn geraten, in den Straßengraben gekippt und so zu liegen gekommen, daß er in den lichten Raum des Bahngleises hineingab. Ein kurz darauf fahrender Personenzug wäre auf den Kraftwagen aufgefahren, wenn er nicht durch die Haltsignale des ihm entgegenkommenden pflichttreuen Schrankenwärters zum Halten gebracht worden wäre. Wir richten daher die dringende Mahnung an alle Kraftwagenführer, in der Nähe von Bahnanlagen die gebotene besondere Vorsicht nicht zu veräußen.

Reichsautobahn Stuttgart — Heilbronn

Stuttgart, 17. Jan. Durch zielbewusstes Arbeiten konnten bis zum 1. Dezember 1934 nach den Angaben der Obersten Bauleitungen der Reichsautobahnen bisher 1171 Kilometer Reichsautobahnen in Angriff genommen und auch bereits teilweise fertiggestellt werden. Rannmehr hat die Oberste Bauleitung abermals weitere Teilstrecken zum Bau freigegeben. Zur Vorbereitung der Bauarbeiten für das Jahr 1935 wurden von der Obersten Bauleitung zur Ausarbeitung der Baupläne insgesamt in fünf Abschnitten weitere Teilstrecken freigegeben. Hierunter befinden sich 11 Kilometer der Strecke Stuttgart-Heilbronn mit der Teilstrecke Mönchingen-Erlenbach. Bei dieser Teilstrecke an der Reichsautobahnlinie Stuttgart-Heilbronn handelt es sich um eine Teilstrecke im Bauabschnitt der Obersten Bauleitung Stuttgart. Von den neu zur Ausarbeitung der Baupläne freigegebenen fünf Teilstrecken ist die Strecke Mönchingen-Erlenbach die zweitkleinste Teilstrecke.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Wirbelsturm über einer südbrazilianischen Stadt. Die südbrazilianische Stadt Sao Antonio wurde am Donnerstag von einem Wirbelsturm schwer heimgesucht. Der Zyklon, der fünf Minuten dauerte, riß von 70 Prozent aller Häuser die Dächer ab und zerstörte viele Gebäude. Der Schaden ist sehr groß. Von Menschen wurden nur wenige verletzt.

Professor Ludwig Bernhardt †. Der ordentliche Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin, Ludwig Bernhardt, ist im Alter von 60 Jahren verstorben. Von seinen Werken fanden besondere Beachtung: Die Rentenfrage (1907), Sozialpolitik (1912), „Das Soziale Mussolini“ (1925), der Hugenberg-Konzern (1928) und Akademische Selbstverwaltung (1930).

Belagerungszustand in Kuba. Zum Schutze der Zuderzuckerernte, die nach Ansicht der Regierung durch Sabotageakte auf den Pflanzungen in den Zuderfabriken gefährdet ist, wurde für das ganze Land der Belagerungszustand bis zur Beendigung der Ernte verhängt. Sabotageakte sollen mit dem Tode bestraft werden. Infolge der allgemeinen Uebererzeugung an Zucker müssen auch in diesem Jahre große Mengen von Zuderrohr verbrannt werden.

Feuerbrand in Toulouse. In Toulouse geriet am Mittwoch ein Petroleum-Del- und Schmierölager aus unbekannter Ursache in Brand. Innerhalb weniger Minuten standen mehrere Gebäude, die insgesamt 2000 Quadratmeter deckten, in hellen Flammen. Ueber der Stadt lagerte stundenlang eine gewaltige Rauchwolke, durchsetzt von rotem Feuerchein. Mehrere große Tanks, die die ganze Umgegend von Toulouse versorgen, sind mit ein Raub der Flammen geworden.

Gerichtssaal

Zuchthaus für Unterschlagungen

Elmungen, 17. Jan. Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts hatte sich am Mittwoch der 26jährige Karl Reichler aus Pflersbach wegen schwerer Amtsunterschlagung und verwandter Delikte zu verantworten. Der Angeklagte verließ in Pflersbach vom Jahre 1931 an das Amt eines Landpostboten. In letzter Eigenschaft als Beamter hatte er von August 1932 bis in den März des Jahres 1934 hinein in 26 Fällen ihm anvertraute Gelder unterschlagen. Um seine Veruntreuungen zu verdecken, kaufte der Angeklagte Zigaretten und Postanweisungen auf die Seite, schließlich ging er sogar so weit, sie zu verbrennen und neue Zigaretten auszustellen oder in die ursprünglichen falsche Beträge einzulegen. Weit über 1000 RM mag der Angeklagte auf diese Weise vorübergehend unterschlagen haben. Als die Sache jedoch ruckbar wurde, war nur noch ein Fehlbetrag von 128 RM vorhanden, der auch sofort von den Angehörigen des Reichshofers bezahlt wurde, so daß der Reichspost kein Schaden entstand. Das Gericht erkannte auf eine Gesamt-Zuchthausstrafe von einem Jahr und zwei Monaten. Daneben sprach es eine Geldstrafe von 300 RM aus.

Betrüger abgeurteilt

Göppingen, 17. Jan. Vor dem Göppinger Schöffengericht hatte sich der 24 Jahre alte ledige Arthur Jäger aus Ottenbach bei Göppingen wegen drei Verbrechen der erschweren, gewinnläufigen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Untreue u. a. zu verantworten. Mit geradezu tollkühner Frechheit hatte der bisher kraftlos gewesene Angeklagte die von ihm ausgeliehenen Papiere, meist Geschäftskarte, herangelegt und geschädigt. Unter Verzeigung gefälschter Briefe holte er in Esslingen einmal 150 RM, und in einem zweiten Falle gelang es ihm, gleich 500 RM zu erbeuten. Da er tags zuvor beim gleichen Verlust in Salach bei einem Fabrikanten durch einen kleinen Regiebedienten einen Mißerfolg hatte, sicherte er sich in dem Esslinger Jäh vor einer unerwünschten Rückfrage des fingierten Geschäftsfreundes durch Abreißen der Fernsprechkabel. Außerdem wurden nach seiner Verhaftung in Dornpfort, Kenningen, Geislingen a. St. und anderen Orten des Göppinger Oberamts eine Reihe weiterer begangener Verbrechen, die Jäger zwischenhinein ausgeführt hatte, aufgedeckt. Das Schöffengericht sprach eine Gefängnisstrafe von acht Monaten aus.

Was es nur im Saargebiet gibt

Wertmüdigkeiten aus dem deutschen Schicksalsland im Westen

Einen Berg, der schon seit 250 Jahren brennt, gibt es im Saargebiet. Es ist ein Kohlenflöz bei St. Ingbert in der Saarpfalz, der vor 250 Jahren in 300 Meter Tiefe in Brand geriet und seitdem ununterbrochen brennt. Kleine, aus dem Erdboden aufsteigende Dampfäulen und der warme Felsboden kennzeichnen noch heute die Lage dieses brennenden Flözes. Nach einem Bericht Goethes, der den Berg 1770 besuchte, war die Hitze zu keiner Zeit so groß, daß man sie selbst durch die Stiefelsohlen an den Füßen spürte.

Bei Flietstapel findet man ein bemerkenswertes Denkmal aus germanischer Zeit. Es ist der Gollenstein, ein spindel-förmiger, 7,5 Meter hoher Stein, der vermutlich dem Sonnenkult und der Sonnenbeobachtung diene.

Der Schloßberg von Homburg im Saargebiet birgt in seinem Innern große Sandsteinhöhlen, die sich auf drei Stodwerte erstrecken und eine Gesamtlänge von etwa fünf Kilometer haben. In der Franzosenzeit des 17. Jahrhunderts, wurden diese durch Ausweidung entstandenen Höhlen erweitert und zu Verteidigungswegen ausgenutzt.

Ein Barock-Kloster, das heute Fabrikgebäude ist, kann man in Mettlach an der Saar bewundern. Es ist die ehemalige Benediktinerabtei Mettlach, die schon im ausgehenden 7. Jahrhundert vom Frankenkönig Ludwig gegründet wurde und heute Teil einer Weltfirma der saarländischen Keramikindustrie ist, die ihren Ruhm vor allem ihren „Mettlacher Plättchen“ und Porzellanarbeiten verdankt. Der prachtvolle Klosterbau, der mit einer über 100 Meter breiten Front am Ufer der Saar steht, ist ein Werk des berühmten Barockbaumeisters Christian Banti, das 1728 begonnen wurde.

Astronomische Zahlen muß man anwenden, wenn man den Kohlenreichtum der Saar schildern will: Bis zu einer Tiefe von 1000 Meter werden die Kohlenvorräte auf 5000 Millionen Tonnen geschätzt; geht man noch 500 Meter tiefer, so verdoppelt sich dieser Vorrat auf 10.000 Millionen Tonnen! Trotz dieses Reichtums an Bodenschätzen, die im letzten Jahrhundert eine bedeutende Industrie entstehen ließen, ist das Saargebiet kein „Kohlenparadies“ wie etwa das Ruhrgebiet. Hier steht nicht ein Schlot, ein Förderer neben dem anderen, hier ist die Industrie ganz in die Landschaft, in tiefe Wälder eingebettet.

In Neunkirchen, einem Hauptort der saarländischen Eisenindustrie, hat die Eisenerzverarbeitung eine fast 700jährige Geschichte. Schon die Älteste vorhandene Urkunde über das Dorf, die aus dem Jahre 1281 stammt, bezieht sich auf den Bergbau.

Ein eigenartig reizvolles Städtchen ist Ottweiler, ein hübsches verträumtes Nest, das sich bis auf den heutigen Tag sein Gepräge aus Mittelalter und Barockzeit erhalten hat. Es ist lo recht der Rahmen für das Märchen vom Gänsereitel, das zur Königin wurde: Ein Bürgermädchen, Katharina Kest, wurde als Gräfin Katharina von Ottweiler die Gemahlin des Fürsten Ludwig von Nassau-Saarbrücken — im Volk wurde sie das Gänseiretel von Fehlingen genannt... RDW.

Letzte Nachrichten

32 Kinder

Kattbor, 18. Januar. Vor wenigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der Führer und Reichsfanzler bei dem 19. Kinde des Zuschneiders Langer in Kattbor die Ehrenpatenschaft übernommen hat. Wie der „Oberschlesische Anzeiger“ dazu berichtend mitteilt, ist Langer glücklicher Vater nicht nur von 19, sondern von 32 Kindern, die von drei Ehefrauen geboren wurden und von denen 29 am Leben sind. Diese Kinderzahl ist selbst für das kinderreiche und kinderfreundliche Oberschlesien ein Rekord.

Wetter für Samstag

Ein Hochdruckfeld befindet sich jetzt über Schottland. Die Zufuhr ozeanischer Luftströmungen nach Süddeutschland besteht fort, so daß für Samstag weiterhin vielfach bedecktes, wenig kaltes, unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Bei Weinstein badet groß und klein, Zigarren kauft man auch dort ein!

Schiller-Lotterie

Ziehung morgen Samstag!
Einzellose zum Preise von 50 Pfennig sind noch zu haben in der Buchhandlung Lauk, Altensteig

Eine gute Anzeige ist die beste Propaganda!

Das Deutsche St.-Liederbuch
Preis M. 1.—
ist zu haben in der Buchhandlung Lauk Altensteig.

Achtung Skifahrer!!
Schnee ist gefallen!
Leichtmetallski u. Stöcke „Wanderso“
sind erprobt u. bringen dem Sportler große Vorteile. Viele Anerkennungsschreiben! Wenn im Sporthandel nicht erhältlich, verlangen Sie Angebot vom Alleinhersteller
Jaki Rieger, Sportgerätefabrik, Calw

Bekanntmachungen der NSDAP.

NSDAP, Ortsgruppe Altensteig
Heute abend von 8 Uhr ab rechnen die Blockleiter, soweit es noch nicht geschehen ist, mit dem Ortsgruppenleiter im Parteibüro ab.

Die Gauleitung der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel gibt an die Betriebsführer folgendes bekannt:
Am Montag, den 21. Januar 1935, findet von 8 bis 8.30 Uhr in Berlin unter Führung der Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel mit dem Reichsorganisationsleiter H. Dr. Leu ein Reichsbetriebsappell statt, welcher auf familiäre deutsche Sonder übertragen wird.

An diesem Betriebsappell nimmt die gesamte Reichsbetriebsgemeinschaft 17 Handel mit folgenden Fachgruppen teil: Außenhandel, Großhandel, Einzelhandel (familiäre Ladengeschäfte einschließlich Lebensmittel- und Tabakwarengeschäfte), Handelsvertreter, Ambulantes Gewerbe, Kaufm. Hilsgewerbe, Haus- und Grundstückswesen. Das Programm wird noch durch die Tagespresse bekannt gegeben. Die Teilnahme an diesem Betriebsappell ist für familiäre Betriebsführer und Geschäftsführer Pflicht. Wir machen die Betriebsführer darauf aufmerksam, daß dieser Appell als Arbeitszeit zu betrachten ist, und den Teilnehmern weder ein Arbeitslohn gekürzt, noch derselbe durch Ueberarbeitszeit hereingeholt werden darf. Um eine einwandfreie Durchführung zu sichern, bleiben familiäre Geschäfte der Betriebsgemeinschaft 17 Handel, mit Ausnahme der Gaststätten, am Montagvormittag bis 8 Uhr geschlossen. Für Gaststätten ergeben besondere Anordnungen.

Sämtliche Gebäude, in welchen sich ein Handelsbetrieb befindet, fassen am Montag, den 21. Januar von vormittags 8 bis 10 Uhr, um dem einheitlichen Willen zur Mitarbeit am Aufbau des deutschen Handels Ausdruck zu verleihen.

Reichsbetriebsgemeinschaftswalter: Heinz Henkler.
Hitlerjugend, Standort Altensteig
Die Hitlerjugend, am 1. 4. 1935 die Realschule verlassen und noch keine Lehrtätigkeit haben, melden sich sofort bei mir.

Hitlerjugend, Standort Altensteig
Sämtliche Führer der Gef. haben am Samstag, den 19. d. M. zu einem Führerabend um 8 Uhr in Altensteig im Parteibüro zu sein.

Die noch nicht abgegebenen Monatsmeldungen, sowie die Haushaltpläne sind mitzubringen. Schreibzeug mitbringen! Wo der Führer verhindert ist, ist ein Stellvertreter zu senden. Fehlen darf kein Standort!
Der Geschäftsführer.

Hitlerjugend, Standort Spielberg
Sämtliche Hitlerjugend von Spielberg sind heute abend punkt 7.30 Uhr im Schulhaus in Uniform. Ebenso diejenigen Jungen vom 14.—18. Lebensjahr, welche noch nicht in der Hitlerjugend sind, werden gebeten zu erscheinen.

Der Führer der Gefolgshaft 2/III/126.
Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen
NS-Frauenenschaft, Kreis Neuenbürg

Dienstag, den 22. ds. Mo., findet in der „Eintracht“ in Neuenbürg eine Amtswalterinnenversammlung statt. Erscheinen sämtlicher Amtswalterinnen, auch Blockwärtin, ist Pflicht. Die Kasinowarinnen haben ihre nachgetragenen Mitgliedergrundbücher mitzubringen.
Die Kreisfrauenchaftsleiterin.

Schorben
Polzburg: Barbara Fischer geb. Rohner, 66 J. a.
Röt: Johannes Frey, 71 J. a.

Ev. Kirchengemeinde Altensteig.

Kirchensteuereinzug
im Gemeindehaus am Samstag, den 19. Jan., nachm. von 2—5 Uhr.
Ev. Kirchenspf. ge: Reuter.

Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutz der Familie e. V. Berlin.

Am Sonntag, den 20. Januar ds. Js., nachmittags 2 Uhr findet im Gasthof zum „Grünen Baum“ in Altensteig eine

Versammlung

statt, zwecks Gründung einer Ortsgruppe.
Referent: Kreiswart Deischläger aus Birkenfeld.
Thema: „Zweck und Ziel des Reichsbunds der Kinderreichen Deutschlands“.

Die kinderreichen Familien hier werden aufgefordert, pünktlich und vollständig diese überaus wichtige Versammlung zu besuchen. Rein Kinderreicher darf fehlen. Auch Frauen sind herzlich eingeladen.
Der Ortsgruppenwart.

Altensteig.
Morgen Samstag
Regelsuppe mit Hammelbraten
wozu freundlichst einladet

Albert Luz.
Samstag und Sonntag
Regelsuppe
wozu höflichst einladet
Rueff zum „Röhl“, Spielberg.

Turnverein Simmersfeld
Sonntag, 20. Januar 1935, abends 7 Uhr im Gasthaus zur „Sonne“
Unterhaltungs-Abend
wozu herzlichst einladet
Saalöffnung 1/7 Uhr. Der Vorstand.

Gerahmte
Bilder
zu Hochzeitsgeschenken etc.
in schöner Auswahl zu billigsten Preisen in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig

